

von Heimarbeitern, besonders von Kriegerrwitwen, von Vereinen beschäftigt, die z. T. viel geringere Kosten haben als die Unternehmer und (jedemfalls in der Mehrzahl) keine großen Gewinne machen wollen. Sie werden alle möglichen Rücksichten nehmen und auch nehmen können, aber der Unternehmer, der in den ersten Jahren nach Friedensschluß wohl mit recht großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird, wird verlangen, da er den vollen Anteil am Krankengeld zahlen muß, auch eine volle Arbeitsleistung zu bekommen. Augenblicklich ist überhaupt die Lage der Heimarbeiterinnen etwas verschoben. Die Militärarbeit, die eine große Zahl von ihnen tut, ist so viel besser bezahlt, als die für die Industrie, daß eine Frau, die zwanzig Jahre Blusen oder Schürzen genäht hat und nun plötzlich Unterhosen macht, schon in den ersten Wochen mehr verdient als mit ihrer alten Arbeit. Freilich wird der Mehrverdienst mehr als aufgewogen durch die teuren Lebensmittelpreise, aber es scheint doch, als ob man mit Heimarbeit ganz gut verdienen könne, und täglich kommen neue Scharen zu dem schon unüberschaubaren Heer der Heimarbeiterinnen. Was soll nun werden, wenn die Militärarbeit wieder nur den kleinen Raum einnimmt, den sie in Friedenszeiten immer eingenommen hat? Die Industrie wird ein Ueberangebot billiger und williger Hände finden, und sie wird sie sich zunutze machen. Die billigsten werden die Kriegerrwitwen sein können, und die billigsten werden die Kriegerrwitwen sein können, weil sie ja eine Rente bekommen. Durch die sinkenden Löhne in der Heimarbeit werden auch die Löhne der Werkstattarbeiterinnen ungünstig beeinflusst, durch die niedrigen Frauenlöhne die Männerlöhne; die mühsame, jahrelange Gewerkschaftsarbeit wird zum Teil vernichtet, zum mindesten gefährdet werden, sehr zum Schaden unseres Volksganzen. Darum muß die erste Forderung sein: Jede Kriegerrwitwe, die in der Lage ist, einen anderen Beruf zu ergreifen, soll nicht Heimarbeit tun. Diejenigen, die aus Gesundheits- oder Familienrücksichten gezwungen sind, zu Hause zu arbeiten, dürfen nicht Unterbieter werden, sie müssen mithelfen, die Lage der Heimarbeiterinnen zu bessern, sie müssen in der Berufsorganisation lernen, die Wünsche der Heimarbeiterinnen zu vertreten und die Pflichten gegen die Berufsgenossinnen zu erfüllen.

Aufklärung in dem Sinne, wie sie der Arbeitsausschuß für Kriegerrwitwen- und Waisenfürsorge an seine Fürsorgestellen schickte, in allen Vereinen, die sich mit dem Schicksal der Kriegerrwitwen beschäftigen, Organisation der neuansingenden Heimarbeiterinnen in großem Umfange und vor allem die Errichtung der so sehr zu erwartenden Fachausschüsse können dem Uebel steuern, das wir mit Sorge hereinbrechen sehen. Die Frauen und Mädchen, die, an das Haus gefesselt, schon vor dem Kriege Heimarbeit taten, die in treuester Pflichterfüllung den doppelten Beruf als Hausfrau und gewerbliche Arbeiterin ausfüllten, die in ihrem Hause die Liebe zu Kaiser und Reich pflegten, die jetzt so herrliche Früchte trägt, die in der Berufsorganisation arbeiteten, um, wenn nicht für sich, so doch für das kommende Geschlecht, bessere Zeiten zu erkämpfen, — sie dürfen nicht an die Wand gedrückt werden durch die Kriegerrwitwen, denen ein falsch verstandenes Mitleid eine schnelle Verdienstmöglichkeit verschaffen möchte. Die Witwen unserer Gefallenen dürfen nicht zu Lohnbrüdern, zu volkswirtschaftlichen Schädlingen werden, sondern der Dank des Volkes soll sich auch in sachgemäßer Beratung zeigen, damit sie zu nützlichen Staatsbürgerinnen werden, damit sie mit bauen können an der Größe des Volkes, für das ihre Männer gestorben sind.

Margarete Wolff.

Die Kriegerheimstätten im Deutschen Reichstag und die Sozialdemokratie.

Unter dieser Ueberschrift bringt Adolf Damacke in Nummer 10 der „Bodenreform“ vom 20. Mai 1916 einen Bericht, den wir unsern Mitgliedern nicht vorenthalten möchten, gehört doch der Gewerksverein der Heimarbeiterinnen Deutschlands zu den Organisationen, die sich sofort dem Hauptausschuß für Kriegerheimstätten angeschlossen haben in der richtigen Erkenntnis vom Segen, den ein gutes, gesichertes Heim bedeutet. Gerade im Gedanken an die, die einst aus langen, schweren Kämpfen für Vaterland und eigenes Heim zu uns zurückkehren werden, für unsere Männer, Brüder und Söhne ersöhnen wir uns die Gewinnung eines Heims, die Sicherung des geschützten Familienlebens, wie es die eigene Scholle bietet. Um so erstaunter sind wir darüber, daß in der deutschen Arbeiterschaft nicht ein einziges dieser ersuchten Ziele zugestrebt wird. Die „Bodenreform“ berichtet:

„In dem Hauptausschuß (Haushaltungsausschuß — Budgetkommission) des Deutschen Reichstages wurde am 10. Mai der Etat des Reichsamts des Innern verhandelt. Dabei haben die Reichstagsabgeordneten Franz Behrens (Christl.-Soz.) und Giesberts (Zentrum) beantragt, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen,

„die Bestrebungen nach Schaffung von Heimstätten für Kriegsteilnehmer oder deren versorgungsberechtigte Hinterbliebenen tatkräftig zu fördern und baldmöglichst einer gesetzlichen Regelung zu unterziehen mit dem Ziel, Rechtsgrundlagen zu schaffen, welche solche Heimstätten ihrem Zweck dauernd erhalten.“

In der Aussprache teilte der Ministerialdirektor mit, daß seitens des Reichsamts des Innern zurzeit ein Gesetzesentwurf zum Ausbau des Erbbaurechts den Einzelstaaten unterbreitet werde und daß die Heimstättenfrage einer eingehenden Prüfung unterliege. Die sächsische Staatsregierung habe ja bereits entsprechende Organisationen geschaffen (siehe „Bodenreform“ 1916, Seite 277), und auch das preussische An siedlungsge setz komme hier in Betracht. Der christlich-soziale Redner betonte die Bedeutung, die der Heimstättengedanke habe auch zur Erhaltung der Freude in den Schützengräben, und forderte, daß auch in etwa neu zu erwerbenden Landesteilen jeder Mißbrauch mit dem Boden rücksichtslos von vornherein ausgeschlossen würde.

Gegen den Gedanken der Kriegerheimstätten sprach der Sozialdemokrat Bauer, der die Schaffung von Heimstätten für alle Kriegsteilnehmer für „ganz unmöglich“ erklärte. Sind wir recht unterrichtet, so war es allerdings in erster Reihe der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch, einer der „radikalsten“ Genossen, der sich mühte, schwankende Parteigenossen gegen die Kriegerheimstätten scharf zu machen.

Am 11. Mai kam es zur Abstimmung. Der Antrag Behrens-Giesberts wurde angenommen.

Diese Annahme erfolgte mit 13 gegen 11 Stimmen! Die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokratie hatten es fertig gebracht, gegen den Antrag zu stimmen. Die Ablehnung der Freisinnigen Volkspartei scheint zunächst verständlich und ist vielleicht auf persönliche Mißverständnisse zurückzuführen. Dagegen scheint endgültig mit der Ablehnung des Kriegerheimstättenbankens durch die Sozialdemokratie gerechnet werden zu müssen. (Vergleiche auch die Ausführungen Hofrichters zum Kapitalabfindungsge setz, „Bodenreform“ 1916, Seite 273.) Wie kann eine Partei, welche behauptet, Arbeiterinteressen zu vertreten, gegen die Forderung zur Unterstützung und reichsgesetzlichen Regelung der Kriegerheimstätten sein, und gegen das Ziel, diese Heimstätten dauernd vor spekulativem Mißbrauch zu schützen?

Es gab einzelne Vertreter der Sozialdemokratie, welche erklärten, die Forderung nach Kriegerheimstätten ginge nicht weit genug, man müsse ein allgemeines Volkheimstättenrecht schaffen! Als ob heute nicht Krieger und Volk im wesentlichen zusammenfielen, und als ob es nicht auf der Hand läge, daß ein durchgreifendes Kriegerheimstättenge setz sich selbstverständlich zu einem Volkheimstättenge setz auswachsen müsse! Jetzt aber ist es ausgerechnet ein Sozialdemokrat, der bereits die Kriegerheimstätten nach dem Kommissionsbericht des „Vorwärts“ (Nr. 129) „für ganz unmöglich“ erklären muß. Doch das sind natürlich Nebensarten, besonders schwer zu ertragen aus solchem Munde.

Welches sind die wahren Ursachen der Ablehnung des radikalen Flügels der Sozialdemokratie? Die „Bremer Bürgerzeitung“, die stets in diesem Lager stand, hat es schon vor zehn Jahren ausgesprochen in ihrem programmatischen Aufsatz: „Los vom Grund und Boden“ (6. März 1906)*. Es genügt, den zusammenfassenden Schluß dieses Aufsatzes hier wiederzugeben:

„Aber wir sind auch überzeugt, daß die wirtschaftliche Entwicklung Fremens dahin führen wird, die Zahl der kleinen Hauseigentümer gewaltig abnehmen zu lassen. Und indem an der Peripherie der Stadt immer mehr Arbeiterwohnungen errichtet werden müssen, schwindet auch immer mehr die Möglichkeit für den Feld- und Gartenbau. Und das ist gut so. Die bremische Arbeiterbewegung wird durch beides sehr gewinnen. Los vom Grund und Boden muß der Arbeiter, bevor er revolutionär denken und handeln kann.“

Einem solchen „Los vom Grund und Boden“ stellt die Kriegerheimstättenbewegung ein bewußtes: „Hin zum Grund und Boden“ entgegen. Da ist es allerdings nur logisch, daß, wer „revolutionär denkende und handelnde Arbeiter“ wünscht, gegen Kriegerheimstätten stimmen muß.

Auf meinen Reisen wird mir häufig von wohlmeinenden Leuten das Erstaunen über die Haltung des radikalen Flügels der Sozialdemokratie ausgesprochen: „Wie können vernünftige Menschen hoffen, daß die Arbeiter, die brauchen in so wunderbar vaterländischer Erhebung sich bewähren, nach ihrer Rückkehr diesen radikalen Lehren sich je wieder zuwenden werden?“

* Vgl. den Text im „Jahrbuch der Bodenreform“ 1906.

haben, Verhaltensmaßregeln erteilt werden. Gleichzeitig wurde eine Eingabe um Ausdehnung der für die Textilarbeiter-schaft beschlossenen Erwerbslosenfürsorge auf die Konfektions-arbeiter gemacht, die bereits Erfolg gehabt hat. Die immer wieder auftretenden Klagen über schlechte Entlohnung bei Militäraufträgen veranlaßten eine Eingabe an den Kriegs-minister um Anweisung aller Beschaffungsstellen, tarifizierte Wöhne einzuführen. Außerdem wurden die bei uns ein-laufenden einzelnen Wohnklagen vor der Schlichtungs-kommission und bei den zuständigen Behörden mit gutem Erfolg für die geschädigten Arbeiterinnen vertreten. Die wich-tigste Arbeit des Hauptvorstandes blieb aber sein unausgefehtes Eintreten für die Durchführung des Hausarbeitgesetzes. Das Vorgehen des Abgeordneten Wallbaum in Sachen der Aus-führungsbestimmungen für die Sachausschüsse und für deren Errichtung selbst beachte uns schon im März durch Bundes-ratsverordnung die gewünschte Abänderung der Bestimmungen, und auch die Aussichten auf Errichtung der Sachausschüsse sind durch das Eintreten der konservativen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus wesentlich besser geworden. Auch den Fragen der Volksgesundheit, des Spar-zwanges für die jugendlichen Arbeiter, des Wohnungs- und Krieger-Heimstättenwesens waren die Verhandlungen ge-widmet und führten zu Besprechungen mit befreundeten Abge-ordneten zum Zwecke der Geltendmachung der Heimarbeit-erinnen-Wünsche. Zu den Vorbereitungen für die Reichs-Be-leidungsstelle wurde gleichfalls eine Vertretung des Gewer-vereins nach Rücksprache im Hauptvorstand entsandt. Außer-dem galten viele Besprechungen der Ausbreitung unserer Be-wegung während des Krieges sowie der Veranstaltung von Zusammenkünften der Mitarbeiterinnen. Die geplante Ver-legung der Hauptgeschäftsstelle wie so manche andere innere Angelegenheit unserer Bewegung nahmen gleichfalls Zeit in Anspruch. — Wir haben fleißig gearbeitet, und unsere Gruppen haben ihr Teil zur Durchführung des Beschlossenen mitgetan.

Dresden. Der Gauverband Dresden hielt am 4. April in Pfunds Gesellschaftsfaal seine Jahresversammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Auch eine stattliche Anzahl außer-ordentlicher Mitglieder, unter ihnen Herr Regierungsrat Jere-mias, hatte sich eingefunden. Pünktlich um 8 Uhr eröffnete die Gauvorsitzende, Frau Sanitätsrat Böhmig, die Versammlung, begrüßte zuerst die Anwesenden und ging dann zum Jahres-bericht über. Das vergangene Jahr war für den Gauverband ein sehr ereignisvolles. Es ist um ein gutes Stück vorwärts-gegangen; die Mitgliederzahl der vier Dresdner Gruppen be-trägt jetzt 416. Besonders reger war die Tätigkeit im Arbeits-nachweis. Durch die großen, teils direkt, teils indirekt dem Gewerbeverein von der Militärverwaltung gegebenen Aufträge konnten die Mitglieder stets ausreichend beschäftigt werden, und es gelang dadurch, trotz der teuren Kriegszeit, ihnen wirkliche Not fernzuhalten. Es wurden Lieferungen von Militä-rhosen, von Ausbesserungsarbeiten an beschädigten Uniformen, Unterjassen, Bazarettjassen, Hemden, Unterhosen ausgeführt, auch eine große Anzahl von Socken und Wüßchen (Pulswärmer) gestrickt. Um die Mitglieder zu befähigen, die Lieferungen zur Zufriedenheit auszuführen, wurden einige Kurse veranstaltet, die durch ordentliche Mitglieder geleitet wurden. Da sich die Räume des bisherigen Bureaus als zu eng erwiesen, wurde im August eine andere Geschäftsstelle — Blochhausgäßchen 3 — gemietet. Nun konnten mehrere außerordentliche Mitglieder als Hilfe beim Zuschneiden der bestellten Wäsche hinzugezogen werden, und es ging flott vorwärts mit der Ausführung der Lieferungen. Auch eine Sekretärin konnte nun vom Gau-verband angestellt werden, und Fräulein Hey begann als solche ihre Tätigkeit. Leider ist in letzter Zeit infolge der Beschlag-nahme der Stoffe die Arbeit viel weniger geworden, so daß die Mitglieder nicht mehr voll beschäftigt werden können. Auch in der Stridarbeit mußte infolge der Vollknappheit eine Be-schränkung eintreten. Trotzdem hofft der Gauverband, die Arbeitsausgabe in Gang halten zu können und geht mutig in sein neues Jahr hinüber. Die schwere Kriegszeit hat den Zusammenschluß der Mitglieder nur gefestigt und das Ver-ständnis der Heimarbeiterrinnen für die Zwecke und Ziele der Organisation gefördert. — Die Gauvorsitzende erteilte nach dem Jahresbericht Fräulein Flander das Wort, die ihrerseits über die Strohhuttschule berichtete. Diese hat andauernd schöne Er-folge aufzuweisen. Die in der Schule ausgebildeten Heim-arbeiterinnen fanden meist sogleich lohnende Arbeit. Wohl tauchten zeitweise Schwierigkeiten mit den Direktrizen auf, von denen die Einstellung der Arbeiterinnen in der Regel abhängt, jedoch fanden sich Mittel und Wege, diese beizulegen. Die Strohhuttmaherei ist Saisonarbeit, bietet also nicht das ganze Jahr hindurch Beschäftigung, doch ist die Arbeit immerhin soweit lohnend, daß geschickte Hände ihr Auskommen dabei

finden, und die Arbeit ist auch interessant. Fräulein Speck sprach dann ausführlich über den Arbeitsnachweis und er-gänzte dadurch die schon im Jahresbericht gemachten An-gaben. Sie betonte insbesondere noch den großen Umfang des Umsatzes und beleuchtete die wirklich großen Schwierigkeiten, die infolge der Stoffbeschlagsnahme für die Arbeitsbeschaffung eingetreten sind. Fräulein Kohde legte hierauf die Jahres-abrechnung der Gaukasse vor und erhielt Entlastung. Ein Mitglied sprach im Namen aller Mitglieder den Mitarbeite-rinnen, die beim Zuschneiden im Arbeitsnachweis so treulich geholfen haben, den besten Dank aus. Frau Redlich berichtete über das Gewerkschaftskartell. Frau Kaiser, die zweite Schrift-führerin von Gruppe Neustadt, forderte dann zur Wahl des Gauvorstandes auf. Die Wahl erfolgte durch Zuzuf. Als Gauvorsitzende wurde einstimmig Frau Sanitätsrat Böhmig wiedergewählt, die auch die Wahl annahm, jedoch beantragte, daß eins der anderen Vorstandsmitglieder sich so in die An-gelegenheiten des Gauverbandes einarbeiten möge, daß sie in Krankheits- oder anderen Verhinderungsfällen ihre Vertretung zu übernehmen imstande sei. Nach reiflicher Aussprache wurde beschlossen, daß Fräulein Flander diese Vertretung übernehmen solle, und daß für die Strohhuttschule, die Fräulein Flander unter sich hatte, eine Vertreterin zu ernennen sei. Frau Pro-fessor Heinemann erklärte sich bereit, dieses Amt zu über-nehmen. Fräulein Speck behält den Arbeitsnachweis, Fräulein Kohde die Gaukasse. Fräulein Hey, deren Gesundheit wieder-hergestellt ist, hat mit dem 1. April ihre Tätigkeit als Sekretärin wieder aufgenommen. Als Vertretung von Frau Sanitätsrat Jeremias, die die Gauschriftführung besorgt, und wegen doppelten Trauerfalles in der Familie eine Zeitlang ihr Amt nicht ver-sehen kann, wurde Frau Oberst Jilentscher gewählt. Nach be-endeter Wahl fand der Verkauf der Lose der Lotterie statt. Eine stattliche Tafel war bedeckt mit lauter nützlichen Dingen, die die Mitglieder aus Abfällen und Resten der im Arbeits-nachweis verwendeten Stoffe angefertigt hatten. Man konnte mit Recht erstaunt sein, was für hübsche und sauber aus-geführte Gegenstände aus diesen Lappen entstanden waren. Es gab Pantoffeln, Schuhe, Einlegesohlen, Schürzchen, Kaffeesäcke, Topflappen, Fußsäcke, Vorleger, Krissen, Bälle und anderes mehr. Die Lose fanden raschen Absatz, und die Gewinner waren alle sehr zufrieden. Auch ein Poffen Seife, der vom Vorstand an-gekauft worden war, wurde von den Mitgliedern gern gekauft. Dann folgte der zweite Teil des Programms, der in allerlei musikalischen und deklamatorischen Vorträgen bestand. Ein aus ordentlichen Mitgliedern gebildeter mehrstimmiger Chor, von der Konzertsängerin Fel. Chrystus geleitet, machte seine Sache sehr gut, und alle Vortragenden ernteten reichen Beifall. Zu später Stunde erst trennten sich die Versammelten, und sicher hat jede der Anwesenden eine schöne Erinnerung an die gemeinsam verlebten Stunden mit nach Hause genommen.

Hamburg-Varmed. Es ist längere Zeit verstrichen, seit wir einen Bericht über unsere Gruppe eingefandt haben, aber naturgemäß ist über eine Gruppe, die einem Gauverband an-gehört, weniger mitzuteilen als über eine einzelne. Hamburg-Varmed kann auf erfolgreiche Monate zurückblicken; denn die Gruppe ist bedeutend gewachsen, und wir haben immer gut-besuchte Versammlungen. Zu unserer großen Freude scheint auch der gewerkschaftliche Geist bei uns gute Fortschritte zu machen. Die Tatsache, daß bei der Verteilung von Aemtern, z. B. Vertrauensfrauenwahlen, sich häufig Mitglieder melden, die erst seit einigen Monaten zu uns gehören, ist sicher ein er-freuliches Zeichen. Im April verlebten wir eine sehr anregende Mitgliederversammlung. Nachdem wir uns an der Hand des Hauptvorstandsprotokolls eingehend mit der Frage der Sach-ausschüsse beschäftigt und dann verschiedene gewerkschaftliche und wirtschaftliche Fragen durchgesprochen hatten, wurde die zweite Hälfte des Abends durch einen Lichtbildervortrag über die Kriegsbeschädigtenfürsorge ausgefüllt. In fesselnder Weise schilderte der Sekretär des Hamburger Landesauschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge uns deren umfassende Tätigkeit. In einer Fülle wundervoller Lichtbilder zeigte er uns, wie unendlich viel für unsere verwundeten Soldaten geschieht, sei es auf dem Gebiet der Pflege, der ärztlichen Behandlung, der Unterhaltung oder Beschäftigung, sei es durch Unterricht oder Fortbildung in Handwerk, Kunstgewerbe usw., oder sei es auf dem Gebiet der Hilfe, die den Schwerbeschädigten zuteil wird durch Erlernen von Blindenschrift, durch Abgehunterricht für Sämverhörige oder Ausbildung in einem ganz neuen Beruf und vor allen Dingen durch die künstlichen Ersatzglieder. Voller Bewun-derung sahen wir an einem Kriegsinvaliden, der beide Arme verloren hatte, bis zu welcher Vollkommenheit die Ersatzglieder angefertigt werden. Mit rührender Bereitwilligkeit zeigte uns der Invalide, wie er mit seinen künstlichen Armen essen, schreiben, rauchen und selbst Landarbeit tun kann. Die Mit-

